

Beschlussvorlage

Vorlagen Nr.

25/255

Status:

öffentlich

Beendigung Personalkostenbeteiligung Mobiler Dienst ESE/ ehem. Meseo Projekt mit Landkreis Aurich**Beratungsfolge:**

Nr.	Gremium	Datum	Zuständigkeit	Status	Beschluss
1.	Ausschuss für Schulen und Kultur	25.11.2025	Empfehlung	öffentlich	
2.	Verwaltungsausschuss	08.12.2025	Empfehlung	nicht öffentlich	
3.	Rat der Stadt Aurich	11.12.2025	Beschluss	öffentlich	

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Aurich beschließt, dass sich die Stadt Aurich ab dem Haushaltsjahr 2026 nicht mehr an den Kosten für den Mobilen Dienst (ESE) beteiligt.

Der Beschluss aus dem Jahre 2007 (Vorlage 07/178) wird aufgehoben.

Sachverhalt:

Die Stadt Aurich beteiligt sich seit dem Ratsbeschluss vom 20.09.2007 (Vorlage Nr. 07/178) am sogenannten MESEO –Projekt („Mobile Einsatz- und Sozialpädagogische Förderung“). Ziel des Projektes war es, Schülerinnen und Schülern mit Defiziten im emotionalen und sozialen Bereich durch sozialpädagogische Fachkräfte zu unterstützen.

Auf Grundlage dieses Beschlusses beteiligt sich die Stadt Aurich seither jährlich anteilig an den Personalkosten des vom Landkreis Aurich betriebenen Mobilen Dienstes ESE.

Aktuell erfolgt die Kostenverteilung lt. Schreiben des Landkreises Aurich vom 17.07.2025 (AZ.III/40 30 21) wie folgt:

- Landkreis Aurich: 4/8
- Stadt Aurich: 3/8
- Gemeinde Ihlow: 1/8

Für das erste Halbjahr 2025 ergibt sich daraus ein Anteil der Stadt Aurich in Höhe von 29.395,16 Euro.

Begründung der Beendigung:

Seit Einführung des Projektes haben sich die Rahmenbedingungen grundlegend verändert.

Der Rechtsanspruch auf Eingliederungsleistungen für Menschen mit Behinderung oder von Menschen die von einer Behinderung bedroht sind, ist im SGB IX verankert und somit Kreisangelegenheit.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sachgerecht und nachvollziehbar, dass die Finanzierung des Mobilen Dienstes (ESE) künftig vollständig vom Landkreis Aurich übernommen wird.

Finanzielle Auswirkungen:

Wegfall des bisherigen städtischen Kostenanteils von rund 30.000 Euro jährlich ab dem Haushaltsjahr 2026.

Anlagen:

Beschluss aus 2007

gez. Feddermann